

Autozulieferer der Region gründen ein neues Netzwerk

Saarbrücken. Die Autozulieferer aus dem Saarland, der Pfalz, Lothringen und Luxemburg wollen in Zukunft enger zusammenarbeiten. Aus diesem Grund haben gestern Abend 20 Vertreter aus der Zulieferindustrie, der Wissenschaft, den Banken und der Politik einen neuen Verein gegründet, der den Namen „Autoregion“ tragen soll. Geschäftsführer soll Armin Gehl werden, der das Netzwerk „Automotive-Saarland“ aufgebaut und jahrelang geführt hat. Aufgabe des neuen Vereins soll unter anderem sein, Fachkräfte in die Region zu holen oder gute Leute zu halten. Das Netzwerk will außerdem erreichen, dass der Technologie-Transfer zwischen den Autofirmen und den Hochschulen intensiviert und das Standort-Marketing verbessert wird.

Armin Gehl zufolge ist der neue Verein „Autoregion“ „das erste grenzüberschreitende Großcluster, das den Dialog zwischen Wirtschaft, Ausbildung, Forschung und der Politik auf- und ausbauen will“. In der Großregion seien rund 300 Unternehmen direkt sowie etwa 150 Firmen indirekt mit dem Thema „Automobil“ konfrontiert. red

Anzeige

Mit meiner Gewinn

SZ-Abo-Glück: Täglich mit Ihrer Abo-Nummer 50 Euro gewinnen!

SZ-Abo-Glück: Finden Sie eine dieser Ziffern in Ihrer Abo-Nummer? Dann gleich mitspielen und die Chance auf 50 Euro sichern.

Gewinnziffern: 5, 7 und 8

Gewinnhotline: 0137 – 800 19 19 01*

Wir verlosen jeden Tag 3 x 50 Euro.

*Ein Anruf kostet 50 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkpreise können abweichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmensgruppe Saarbrücker Zeitung sowie deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Teilnahmebedingungen sowie Spielregeln finden Sie auch im Internet unter www.saarbruecker-zeitung.de/abagluck.

www.saarbruecker-zeitung.de/abagluck



Vor zwei Jahren wurden die ersten kleinen Störe in Becken der Völklinger Meeresfischzucht eingesetzt. FOTO: BECKER & BREDEL

Wirbel um Völklinger Störe

Stadtrat beschließt heute über Millionen für Stadtwerke – Strafanzeige gegen Ex-Chef

Heute Abend entscheidet der Völklinger Stadtrat über die Zukunft der Völklinger Stadtwerke, die durch ihre Fischzucht-Tochter in Schieflage geraten sind. Von Millionensummen ist die Rede, um von Klagen gegen das frühere Management, unter anderem wegen Unregelmäßigkeiten beim Kauf von Stören.

Von SZ-Redakteurin Doris Döpke

Völklingen. Eine Strafanzeige gegen Jochen Dahm, den im Herbst entlassenen Geschäftsführer der Völklinger Stadtwerke und ihrer Meeresfischzucht-Tochter (MFV), ist in Vorbereitung, berichten Mitglieder des Völklinger Stadtrats. Eine Schadensersatzklage ist bereits eingereicht worden, teilte Wolfgang Bintz (CDU), Völklinger Bürgermeister und jetziger Stadtwerke-Geschäftsführer, in der vorigen Woche mit. Sie soll sich auf den Kauf von Stören im Jahr 2011 beziehen, erfuhr die SZ inzwischen aus Stadtratskreisen. Dabei soll

eine Zahlung ohne Sicherheit geleistet worden sein. Ein Geschäftspartner der Völklinger soll Geld erhalten haben, obwohl er die vereinbarte Bankbürgschaft nicht gestellt habe.

Damals – die eigene Anlage war noch nicht fertig – hatten die Völklinger Fischzüchter in Sachsen 40 Tonnen Störe erworben. Die Fische sollten dort vorgezogen und später in die Völklinger Becken umgesetzt werden. Ziel: Schon ein Jahr nach dem Fische-Einsetzen wollte man kostbaren Kaviar ernten – bei Jung-Stören müsste man darauf fünf, sechs Jahre warten. 2013 wurde etwa ein Zehntel dieser Fische den kurz zuvor ins Becken gesetzten Jung-Stören zugesellt – testhalber. Der große Rest blieb beim Aufzuchtbetrieb. Freilich nicht in Sachsen – irgendwann waren die Fische nach Italien

verlegt worden, verlautete aus Aufsichtsratskreisen. Die Tiere, die in Völklingen ankamen, seien übrigens auch kleiner gewesen, als es ihrem Alter entsprochen hätte. Und, so hieß es weiter, die Eigentumsverhältnisse an den noch fernen Stören seien nicht restlos klar. Der Schaden für die MFV bewege sich in mindestens sechsstelliger Höhe.

40

Tonnen Störe hat die Völklinger Meeresfischzucht 2011 erworben. Nur ein Zehntel davon ist bisher in Völklingen angeliefert worden.

Quelle: Ralf Schmitt, Ex-Prokurist der Stadtwerke

ren, sind nach SZ-Informationen 1,35 Millionen Euro nötig – als Kommunalkredit, den die Stadt an die Stadtwerke weiterreicht. Denn diese selbst können derzeit nicht auf Bankdar-

lehen rechnen, da sie für ihre Bilanzen 2012 und 2013 noch kein Testat erhalten haben. Damit die Wirtschaftsprüfer das erteilen können, ist der Nachweis nötig, dass der Stadt-Konzern bis Ende 2016 bei Kasse ist. Das wiederum ist richtig teuer, die Rede ist von bis zu 24 Millionen Euro. Zumindest auf dem Papier: Fürs Testat muss die Muttergesellschaft nachweisen, dass sie auch ihre notleidende Fischzucht-Tochter bis Ende 2016 finanzieren könnte. Als Sicherheit dafür könnten die Anteile beliehen werden, die die Stadtwerke-Holding an ihren profitablen Energie-Töchtern hält, also an den Gesellschaften für Netz und Vertrieb.

Der Stadtrat will aber dafür sorgen, dass nur ein Teil der Millionen tatsächlich fließen muss. Die große Mehrheit im Rat will die Meeresfischzucht bis Ende März verkauft sehen. Doch selbst dann geht die Stadtwerke-Sanierung ins Geld. Gut sieben Millionen Euro, so heißt es, seien dafür nötig.

Deutschland baut „Strombrücke“ nach Norwegen

Berlin. Deutschland und Norwegen werden künftig durch ein großes Seekabel verbunden und sollen sich gegenseitig mit Strom versorgen. Gestern wurde im norwegischen Haugesund ein Vertrag für den Bau des 623 Kilometer langen Gleichstrom-Seekabels „Nord Link“ unterzeichnet, mit dem beide Länder durch die Nordsee überwiegend Ökostrom austauschen wollen. Die Investitionen sollen bei zwei Milliarden Euro liegen. Da Deutschland im Norden oft zu viel Strom produziert, könnte dieser dank der Strombrücke in Norwegen genutzt werden. Bei Strom-Flaute in Deutschland könnten Wasserkraftwerke in Norwegen Energie für Deutschland produzieren. dpa

Studie: Ein-Euro-Jobber sehen sich als Almosenempfänger

Nürnberg. Ein-Euro-Jobs stellen für nur wenige Langzeitarbeitslose geeignete Brücken zur Rückkehr in ein normales Leben dar. Ein-Euro-Jobber kämen sich weiterhin als „Almosenempfänger“ vor; viele fühlten sich dadurch gesellschaftlich nicht besser integriert, geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Besser integriert fühlen sich dagegen frühere Langzeitarbeitslose, die eine vom Jobcenter unterstützte Stelle in einem regulären Betrieb vermittelt bekamen. Da sie ihr Geld in Form einer Lohnzahlung direkt vom Arbeitgeber erhielten, fühlten sie sich – trotz staatlicher Subvention – als eigenständige Verdienner. dpa

„Wer einen Job findet, soll bleiben dürfen“

DIHK-Präsident Eric Schweitzer fordert Erleichterungen für Zuwanderer

Die Wirtschaft lehnt Forderungen nach einem neuen Einwanderungsgesetz ab. Vielmehr sollten die bestehenden Regeln optimiert werden, so der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer, im Gespräch mit SZ-Korrespondent Hagen Strauß.

Die Koalition streitet über ein Einwanderungsgesetz. Welche Position nimmt die Wirtschaft ein?

Schweitzer: Wir brauchen Zuwanderung im qualifizierten Bereich. Das liegt schlicht an der demografischen Entwicklung in Deutschland. Was wir nicht brauchen, ist eine Debatte um ein neues Zuwanderungsgesetz.

Die SPD will die Vorgaben bündeln. Das klingt doch vernünftig. Schweitzer: Ich habe gerade beim Mindestlohn und bei der Arbeitsstättenverordnung die Erfahrung gemacht, was dabei herauskommt, wenn Politik Dinge gebündelt regelt. Das führt selten zum Besseren.

Was schlagen Sie also vor?

Schweitzer: Wir hatten im letzten Jahr einen Zuwanderungsgewinn von 470 000 Menschen, davon fast zwei Drittel aus der EU, für die sowieso Freizügigkeit gilt. Für die anderen haben wir umfassende Regelungen, die in den letzten Jahren bereits vereinfacht worden sind. Diese Regeln sollten wir sicher noch weiter optimieren.

Und wie?

Schweitzer: Die Liste der Mangelberufe im Bereich dualer Ausbildungen muss erweitert werden.

Zum Beispiel um gastronomische Berufe, damit in diese Jobs Zuwanderung einfacher erfolgen kann. Außerdem müssen junge Zuwanderer ohne Hindernisse hier eine Ausbildung machen können – zumindest in Berufen, in denen die Bewerber knapp sind. Wer dann einen passenden Job findet, soll bleiben dürfen. Und wenn jemand in Deutschland schon eine Hochschulausbildung gemacht hat, die vom Steuerzahler finanziert worden ist, und er danach einen entsprechenden Arbeitsplatz findet, sollte er umgehend ein Daueraufenthaltsrecht erhalten und nicht noch einmal – wie derzeit – eine zeitliche Befristung erfolgen.

Zur Debatte steht auch ein erleichtertes Bleiberecht für Asylbewerber mit Ausbildungsplatz. Was halten Sie davon?

Schweitzer: Die Idee ist richtig, denn wir hatten 2014 allein im IHK-Bereich 80 000 unbesetzte Ausbildungsplätze. Asylbewerber, die hier eine Ausbildung beginnen, müssen diese ohne Angst vor Abschiebung abschließen können. Außerdem sollten die Betroffenen nach Abschluss der Ausbildung in jedem Fall die Möglichkeit haben, hier arbeiten zu dürfen.

Sollte auch nicht anerkannten Asylbewerber ein Aufenthaltsgesetz gegeben werden, wenn ihre Qualifikation dringend benötigt wird?

Schweitzer: Wir haben zurzeit eine Reihe von Flüchtlingen, die hoch qualifiziert sind. Wer es schafft, eine bezahlte Arbeit zu bekommen, dem sollte dann auch eine Perspektive eröffnet werden. Wichtig ist aber noch etwas anderes: Flüchtlinge müssen frühzeitig Sprachunterricht bekommen. Das ist der Kern von Integration. Da ist die Politik in der Pflicht.

Viele Menschen freuen sich über sinkende Energiepreise. Ist das ein geschenktes Konjunkturprogramm?

Schweitzer: Ja. Aber die Energiepreise werden nicht immer so niedrig bleiben. Deshalb muss die Koalition endlich auch an strukturellen Reformen arbeiten und einen Belastungsstopp für die Wirtschaft umsetzen.

Das hat ihnen doch die Union längst versprochen. Trauen Sie dem Braten nicht?

Schweitzer: An den Taten werden wir die Koalition messen. Bislang wurde das Geld vor allem für Wohltaten ausgegeben, für Mütterrente und Rente mit 63. Und wenn ich auf die Vorhaben des Arbeitsministeriums schaue, wie die Verschärfung der Regeln für Werkverträge und Zeitarbeit, dann schwant mir nichts Gutes.

Bremst die Entwicklung der Energiepreise den Elan bei der Energiewende?

Schweitzer: Nein. Die Energiewende ist langfristig angelegt. Was sie bremst, ist der mangelnde Netzausbau. Das liegt auch an einzelnen Ministerpräsidenten – wie dem bayerischen.

BMW und VW wollen Tausende neue Mitarbeiter einstellen

Wolfsburg/München. Die Produktion brummt bei den deutschen Autobauern, und das äußert sich auch im Aufbau der Belegschaften. BMW-Betriebsratschef Manfred Schoch sagte dem „Münchener Merkur“, dass der Konzern „in Deutschland in diesem Jahr 5000 Menschen fest einstellen wird“. Dies sei ein Höchstwert in der BMW-Geschichte. Ende September hatte BMW weltweit rund 115 000 Mitarbeiter. Ähnlich läuft es beim VW-Konzern, der aus Sicht des Betriebsrats auch Tausende neue Jobs schaffen wird. „Wir werden die 600 000 Mitarbeiter im Gesamtkonzern Mitte dieses Jahres über-



BMW will wegen hoher Nachfrage viele Jobs schaffen. FOTO: DPA

schreiten“, sagte Betriebsratschef Bernd Osterloh. VW zählte Ende November fast 594 000 Beschäftigte, davon 271 000 (46 Prozent) im Inland. dpa

NACHRICHTEN

Erneut Rekordjahr für Deutschland-Tourismus

Wiesbaden. Der Boom im Deutschland-Tourismus hält an: 2014 brachte den fünften Übernachtungsrekord in Folge. 424 Millionen Übernachtungen von Touristen und Geschäftsreisenden zählte das Statistische Bundesamt nach vorläufigen Angaben. Damit stieg die Zahl zum Vorjahr nochmals um drei Prozent. Getrieben wurde der Zuwachs einmal mehr vor allem von Gästen aus dem Ausland. Ihre Übernachtungszahl erhöhte sich binnen Jahresfrist um fünf Prozent auf 75,5 Millionen. dpa

VVS Saarbrücken macht wieder Gewinne

Saarbrücken. Die Versorgung- und Verkehrsgesellschaft Saarbrücken (VVS) hat 2014 erstmals nach zwölf Jahren wieder schwarze Zahlen geschrieben. Unter dem Strich stehe ein Gewinn von rund zwei Millionen Euro, teilte Thomas Severin, Sprecher der Geschäftsführung, mit. Besonders erfolgreich waren demnach die Stadtwerke mit einem Plus von 16 Millionen Euro. Die Verluste aus dem Öffentlichen Personennahverkehr konnten so mehr als ausgeglichen werden. Positiv wirkte sich auch die Verpackung des Heizkraftwerks im Industriegebiet Süd an ZF aus. Severin peilt für die kommenden fünf Jahre als durchschnittliches Minimalziel eine „schwarze Null“ an. sm

Saar-Grüne kritisieren Ja zu Kohlekraftwerken

Saarbrücken. Die Saar-Grünen macht der Landesregierung zum Vorwurf, dass sie sich für den Erhalt der saarländischen Kohlekraftwerke stark macht. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) und Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) hatten am Montag in einem Gespräch mit RWE-Chef Peter Terium für einen dauerhaften Weiterbetrieb plädiert. „Das Bekenntnis bedeutet die Bankrotterklärung der Landesregierung an eine umweltfreundliche Energiepolitik“, kritisierte Hubert Ulrich, Chef der Landtagsfraktion der Grünen. red

Verbraucher kaufen mehr Bio-Produkte

Nürnberg. Der deutsche Markt für Bio-Produkte hat nach Berechnungen des Arbeitskreises Biomarkt im vergangenen Jahr um knapp fünf Prozent auf einen Umsatz von 7,91 Milliarden Euro zugelegt. Das sind knapp vier Prozent des Gesamtmarktes. dpa

Energie Saar-Lor-Lux senkt Gaspreise

Saarbrücken. Der Saarbrücker Energieversorger Energie Saar-Lor-Lux senkt zum 1. April die Preise für Gas- und Fernwärme. Gas soll je nach Tarif um bis zu zehn Prozent und Fernwärme um rund fünf Prozent billiger werden, teilte das Unternehmen gestern mit. red

Produktion dieser Seite:

Volker Meyer zu Tittingdorf
Thomas Sponticcia

Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 34
Fax: (06 81) 5 02 22 39
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

Team Wirtschaft:

Monika Kühborth (ika, Leiterin),
Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),
Thomas Sponticcia (ts),
Lothar Warscheid (low),
Jochim Wollschläger (jwo)